

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Amtsblatt der Stadt Brühl

Bezugspreis:
Durch den Boten frei ins Haus monatlich 80 Pfg.
oder durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 M.
Telegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühl/Geisla.
Fernruf 108 und 109.

Postfach-Konto Köln Nr. 12742 .: Geschäftsstelle: Schloßstraße 23

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg.
im Reklamenteil 75 Pfennig.
Für Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und
Finanz-Anzeigen 25 Pfennig.

Nr. 22

Montag, 27. Januar 1919

24. Jahrgang

Die Reichsverfassung.

Staatssekretär Dr. Preuß, entwickelte am Samstagabend im Kleinen Bundesrats-Sitzungssaal des Reichs- amts des Innern seine Ansichten über den Entwurf der neuen Reichsverfassung. Er griff das Verhältnis des Reiches zu den einzelnen Bundesstaaten heraus und erinnerte daran, daß Klagen über eine scheinbare Ausschaltung der Einzelstaaten erhoben worden seien. Es müsse von Seiten der Reichsregierung entscheidender Wert darauf gelegt werden, die Reichsgeschäfte im Einverständnis mit den Einzelstaaten zu leiten. Deshalb erwartet er auch die Stellungnahme der Öffentlichkeit zu den vorliegenden Fragen. Es gibt Leute, die der Meinung sind, daß die Frage der Einzelstaaten erledigt werden müsse, daß es sich nur darum handeln könne, ein einziges und unteilbares Reich zu schaffen. Es muß dahingestellt werden, ob das eine ideale Lösung wäre. So wie die Dinge in Deutschland liegen, ist dieses Ziel unerreichbar und würde uns die größten Schwierigkeiten bringen. Der Entwurf hält an der Existenz der Einzelstaaten fest.

Die bisherige föderative Gestaltung des Reiches gestattete Forderungen nach mancher Richtung hin, weil die preussische Hegemonie das feste Rückgrat des Zusammenhalts nach außen und vielfach auch nach innen gab. Die preussische Hegemonie war stärker, als sie oberflächlich erschiene ist. Es ist nun Tatsache, daß diese Herrschaft abgeschafft ist, und nach menschlichem Ermessen nicht mehr so schnell entstehen wird. Das Reich muß die Vormachtstellung übernehmen. Die Vormachtstellung kann nicht dadurch ausgeübt werden, daß die Befugnisse des Reiches auf die Einzelstaaten sich erstrecken. Viele Richtungen läßt es lieber, wenn es umgekehrt werden würde. Das würde mit dem Untergang und dem Zerfall des Reiches enden. Wenn es in Preußen nicht mehr möglich ist, die Reichseinheit darzustellen, so muß der Zusammenhalt anderswo gegeben werden. Das schließt nicht aus, daß innerhalb der Einzelstaaten durch die Verhältnisse die Möglichkeit gegeben wird, sich selbständig nach Stämmen und nach Eigenart der Landschaft zu gruppieren. In der neuen Reichsverfassung gibt es nicht mehr eine preussische Hegemonie, sondern den herrschenden Reichsgedanken.

Es wird viel wegen einer territorialen Neugestaltung Deutschlands gesprochen. Der Verfassungsentwurf selbst enthält keine neuen Aufteilungspläne. Er enthält aber Bestimmungen, die die Möglichkeit einer Neugestaltung vorsehen. Auf der einen Seite ergibt sich, daß die kleinsten Staaten sich zu lebensfähigeren Staaten ausbauen können; dann brauchen sie aber meistens preussisches Gebiet. Demnach wird die Frage Preußen allein schon wichtig. Es erhebt sich weiter die Frage, ob innerhalb des Reiches, ein Einzelstaat möglich ist, der die anderen an Bedeutung und Kräften übertrifft. Gewiß kann man in der Staatsverfassung selbst festlegen, daß der Vierlebens- teilsbundesstaat allein nicht mehr Rechte haben soll als

der kleinste andere Staat. Aber auch dieser Vierlebens- teilsstaat müsse deshalb mehr nach der Herrschaft streben. Das ist gewissermaßen ein Gesetz des politischen Schwerkrafts. Es gibt also keine Möglichkeit, um den Gedanken der Neugestaltung herum zu kommen. Es ist aber auch eine Unmöglichkeit, sich jetzt an der Zentralstelle der Regierung hinzusetzen und eine Landkarte Deutschlands mit dem Rotstift aufzuteilen in einzelne Bundesstaaten. Solche Absichten liegen dem Reichsamte des Innern fern. Das Selbstbestimmungsrecht muß die nötige Umgestaltung veranlassen. Die Reichsverfassung kann nur die Gelegenheit dazu geben. Der Staatssekretär Dr. Preuß versichert hierbei, daß er persönlich keinerlei Pläne irgend einer Neueinteilung gebilligt hätte. Er habe höchstens erklärt, daß irgend ein ihm vorgeschlagener Plan möglicherweise durchgeführt werden könne.

Wenn man einen Einheitsstaat nicht schaffen kann und nicht schaffen will, so wird der föderative Gedanke nicht allein dadurch lebendig gehalten, daß man die Existenz der Einzelstaaten anerkennt. Die Einzelstaaten werden nicht davon abgehen, in der Reichsverfassung in Erscheinung zu treten. Es handelt sich dabei um zwei Möglichkeiten, entweder bildet man ein Bundesratssystem, aus oder man errichtet ein Staatenhaussystem. Im Bundesratssystem treten die einzelnen Staaten auf durch bevollmächtigte Beamte, die an bestimmte Abstimmungsweisungen gebunden sind; im Staatenhaussystem aber bekommen wir auf parlamentarischer Grundlage Persönlichkeiten, die auf Grund freier Überzeugung ihre Entscheidungen treffen. Der Deutsche Reichsverfassungsentwurf entscheidet sich für die Staatenhausform. Er tut das im Interesse der Einzelstaaten selbst. Die Einzelstaaten haben nämlich großes Interesse, an der Reichsgesetzgebung beteiligt zu sein. Es wird unmöglich sein, ein Kollegium so instruierter Beamten dem Reichstage gleichzustellen, weil dieser ja aus direkten Wahlen hervorgeht. Selbst das Staatenhaus wird nicht unangefochten bleiben, es ist aber zu rechtfertigen und zu vertreten, Bundesratsystem und Parlamentarismus schließen sich gegenseitig aus.

Wir erhalten einen parlamentarischen Reichstag, mit der Regierung verknüpft, deshalb ist auch das Bundesrats- system nicht mehr zu halten. Der Einfluß der Einzelstaaten soll aber auch dadurch gehoben werden, daß Sachverständigenkommissionen berufen werden, die der Reichs- regierung zur Seite stehen.

Neben dem Volkshaus, das die aus dem Volk unmittelbar gewählten Vertreter umfaßt und das Staatenhaus, das dem parlamentarischen Bundesrat entspricht (beide zusammen bilden den Reichstag) wird der Reichs- präsident stehen, der in der Art seiner Wahl etwas mit dem amerikanischen Präsidenten gemeinsam hat. Er ernannt den Reichskanzler und beruft die von diesem vor- geschlagenen Staatssekretäre. Er steht an der Spitze des Reichslandes, Deutschland. Dr. Preuß hält Freistaat für eine glückliche Uebersetzung des Fremdwortes Republik. Einen

Vizepräsident soll der tatsächliche Präsident nicht zur Seite gestellt bekommen, da ein Vizepräsident bei der Amtsfähigkeit des Präsidenten nützlich nicht leisten könne, also lediglich nur die Rolle eines republikanischen Kronprinzen spielen könne. Für den Fall längerer Dienstunfähigkeit des Präsidenten, für den in dem Reichsverfassungsentwurf mehrere Rechte vorgesehen sind, vertritt ihn der Präsident des Staatshauses.

Staatssekretär Dr. Preuß schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß schon um die Grundgedanken der Verfassung sich Kämpfe ergeben. Es darf aber in Zukunft, so meinte er, nicht mehr gesagt werden: Gesamtheit gegen Glieder und Glieder gegen Gesamtheit; sondern Glieder und Gesamtheit. Für uns alle muß gelten, was schon Freiherr von Stein sagte: Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland.

Zur Lage.

Die Durchführung des Waffensstillstandes.

Rein Brot ohne Arbeit

Berlin, 25. Januar. Ueber die in Trier gepflogenen Verhandlungen wegen der Lebensmittelfuhr äußerte sich der Unterstaatssekretär v. Braun dahin, daß die von dem Verband angebotene augenblickliche Notaushilfe nichts weiter sei, als eine Verbrämung für die Beanspruchung unserer Handels tonnagen, die uns jeder Bewegungsfreiheit beraube und es uns unmöglich mache, wieder Handelsbeziehungen mit den überseeischen Ländern anzuknüpfen. Der Unterstaatssekretär fuhr fort:

Sinnfälliger der weitem Versorgung Deutschlands geben die Vertreter des Verbandes und Amerikas die Erklärung ab, daß die Weltvorräte an Fett und an Getreide ausreichten, um die ganze Welt reichlich zu versorgen; die Versorgung Deutschlands hänge nur von der Erfüllung der gestellten Bedingungen ab. Es liegt also in unserer Hand, die drohende Hungersnot abzuwenden, die durch die erzwungene Abgabe einer ungeheuren Zahl von landwirtschaftlichen Maschinen auch für das kommende Erntejahr noch verschärft wird; aber dazu ist erforderlich, daß wir uns durch die Ausfuhr von Kohlen, Ralt und Industrieerzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Ausland verschaffen, mit denen die Lebensmittellieferungen bezahlt werden können — mit anderen Worten: Wir können uns die Zufuhr von Lebensmitteln nur durch angestrengte Arbeit und durch die Erzeugung von Gütern für den Export selbst verdienen. Geschenk oder geborgt werden sie uns von niemand! Nur die sofortige Rückkehr zur Arbeit kann uns vor dem Verhungern retten. Streiks und Arbeitseinstellungen sind jetzt das schlimmste Verbrechen, das man an der Zukunft Deutschlands begehen kann und das ruinieren uns nicht nur finanziell, sondern führen rettungslos zur Hungersnot und damit zum Chaos.

Art, mit ihr zu sprechen, wovon sie sich abgestoßen fühlte. Aber heute kam sie ihm, im Interesse der guten Sache, freundlicher als sonst entgegen. Er zeigte sich auch erkenntlich dafür, griff nach einem Weidensträucher und bezahlte es abermals mit blinkenden Goldstücken.

Während der kurzen Ruhepause kam Juliane freudestrahlend nach Hause.

Denk! Denk! Ich habe einen vollständigen Ausverkauf zu registrieren und müßte eben nach allen Blumenhandlungen der Stadt schicken, rief sie fast atemlos den Schwiegervater an, bei denen man heute kauft.

So? sagte die Generalin lächelnd. War der Hof ausgehen?

Natürlich! Der Fürst und die Fürstin.

Vermutlich auch der Erbprinz? fragte die Generalin weiter.

Nein. Er kommt erst heute nachmittag mit seiner Gemahlin, erwiderte Juliane.

Oder bleibt auch weg.

Gewiß nicht! Ich nahm ihm bei Gelegenheit des Hofkonzertes das Versprechen ab, zu erscheinen.

Wirklich? Testest Du das? Nur schade, daß Du von Sophie Amalie keine gleiche Zusage empfangst.

Aber ich bitte Dich! Sie wird den Wünschen ihres Gemahls doch nicht entgegengehehen! Täte ich es denn sonst gegenüber?

Meine Liebe, es gibt Dinge, die man nicht entschieden befehlen oder verbieten mag. Wünsche, welche eben unerfüllt bleiben, wenn eine Frau einmal nicht genug Zartgefühl besitzt, um sie zu erraten, bemerkte der General.

So ist es, bestätigte General von Raden, indem er die Tafel aufhob. Begreifst Du das nicht?

Ja, was meint Ihr denn?

Versteht Du uns nicht, Juliane? fragte Horst.

Nein!

Nun, dann willst Du uns nicht verstehen.

Doch, ich habe sogar keinen unigenen Wunsch, als den, zu wissen, was Du von mir verlangst.

Die Antwort darauf werde ich Dir in geeigneter Stunde geben. Sie läßt sich nicht in wenigen Worten zusammenfassen.

Stelle sie nur kurz und knapp. Ihr Kernpunkt wird mit besten ungedacht nicht verdooren bleiben.

223.20

Engleiche Naturen.

Roman von H. Corong.

48

„Du besuchst morgen den Papst?“
„Gut, da Du es so entschieden verlangst, so besuche ich ihn.“
Mit unnatürlichem, nervös klingendem Nachen wurde die Zusage gegeben.

12. Kapitel.

Justine und Baron C... konnten nicht, wie es ihre Absicht gewesen war, den Papst besuchen, sondern mußten zur frühen Morgenstunde schon abreisen. Der berühmte Säugerin Verpflichtungen riefen sie nach Paris, dort wollte sie unter anderem als Philippa gastieren. Sie hatte eifrig korrespondiert und die Sache angebahnt.

Wie schwer es mir fällt, Euch scheiden zu lassen, klagte Juliane, welche mit den Eltern zur Bahn gefahren war.

Wir sehen uns ja bald wieder. Wenn Serenos Oper aufgeführt wird, rechne ich auf Deine Gegenwart,“ testete die Prinzeßin und fügte wehmütig hinzu: „Du wirst mich dann zum letzten Male auf der Bühne sehen, denn nach einer kurzen Gastspielreise ziehe ich mich in's Privatleben zurück. Dies Versprechen hat Dein Vater von mir empfangen.“

„Wir trennen uns künftig nicht mehr, Juliane,“ ergänzte C... „Ich habe Wille W... bei Berlin angekauft und unser Haus soll einem lebhaften geselligen Verkehr geöffnet sein, den wir ja überhaupt nicht zu entbehren vermögen. Wir durchstreifen Europa und Amerika, gegen gleich den Wanderbögeln von einem Ort zum andern, jetzt wird uns das Ansehen in der Nähe des einzigen Kindes auch lieb und süß sein.“

Wille W...? O, das ist herrlich, dann bin ich wenigstens einmal wöchentlich Euer Gast.“

Aber Du kommst zur Aufführung der Serenoschen Oper?“

Welche Frage, Mama! Ob ich komme! Zwingt mich nicht ein doppeltes Interesse, es zu tun?“

Also lebe wohl und auf baldiges Wiedersehen! Mein Liebes Kind! Gott segne Dich. Diese schmalen, blassen Wangen müssen wieder rund und rosig werden, oder ich jange Streich mit dem Himmel an.“

„Justine lachte, als sie so sprach, setzte aber ernsthaft hinzu: „An Gebeten für Dein Glück habe ich es wahrhaftig nicht fehlen lassen und der heiligen Jungfrau meine schönsten Kränze geopfert. Bleibt Du auch, Justine?“

O ja, Mama. So inbrünstig, wie Du, die Spanierin, freilich vielleicht nicht.“

Du mußt es aber tun! Das Gebet muß mit Innigkeit gesprochen werden und Dein ganzes Sein emporheben, wenn es wirken und in jene unerforschlichen Höhen dringen soll.“

So bete ich auch, Mama, aber am liebsten an Deinet meines Kindes. Wenn ich das kleine Geschöpf ansehe, dann fühle ich die Kraft in mir, alles dafür hinzugeben, alles zu tragen, alles zu opfern für meinen Sohn, das eigene Leben, sobald es sein müßte.“

Ein Klingelzeichen, ein großer Pfiff, und der Ruf: „Einsteigen!“

Auf baldiges Wiedersehen, mein Kind!“

Ich komme, Mama! — Leb' wohl, mein lieber Papa!“

Mit dem Taschentuche winkend, blieb die junge Frau stehen, bis der Zug in nebelgrauer Ferne verschwunden war und fuhr dann nach Hause, um rasch Toilette zu machen, denn sie hatte versprochen, ihren Platz in der Blumenbude rechtzeitig einzunehmen.

Horst traf sie nicht mehr. Der Dienst nahm seine Vormittagsstunden in Anspruch.

Durch die Säle, welche dem Komitee zur Verfügung gestellt waren, wogte bald eine bunte Menge von Besuchern und Käufern. Große Summen wurden für die einfachsten Sträußchen bezahlt, welche Juliane darbot. Um 1 Uhr fuhr der regierende Fürst und Fürstin Karola vor. Frau von Raden überreichte letzterer ein prächtiges Bouquet. Die hohe Dame nahm diese Spende huldvoll entgegen, kaufte eine Palme und überreichte sie um das Gefühls ihres Wertes. Damit war das Zeichen zu einem förmlichen Sturm auf das elegante, mit einer Entladung feischer Blumen geschmückte Zeit, unter welchem die Gräfin sah, gegeben. Auch Affessor von Tormau näherte sich, wählte eine halb verschlossene Rosenknospe und legte 100 Mark auf den Tisch. Er sprach und lachte mit der schönen, gezeigten Verkäuferin. Die Gräfin konnte den Affessor nicht leiden und hatte es ihn mehr als einmal jählen lassen. Es war etwas in seinem Blick, in seiner

Die Friedenskonferenz regelt die Gebietsfragen.

Paris, 25. Januar. Wilson sowie die Premierminister und die Minister des Aeußern von England, Frankreich und Italien und die Vertreter der japanischen Regierung hielten eine kurze Sitzung ab, in der beschlossen wurde, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der gesagt wird:

Die Regierungen, die sich auf der Friedenskonferenz vereinigt haben, bedauern lebhaft, daß mehrmals Gewalt angewandt werden mußte, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, zu deren rechtmäßigen Anerkennung die Friedenskonferenz sich äußern soll. Sie erklären, daß jeder durch Gewalt erworbene Besitzstand denjenigen, die zu solchen Mitteln greifen, den größten Schaden bringen wird. Wenn sie Gerechtigkeit wünschen, so müssen sie auf die Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Ansprüche in die Hände der Friedenskonferenz übergeben.

Reichsfinanzkonferenz in Weimar.

Berlin, 24. Januar. Wie der Münchener Vertreter der Taglichen Rundschau zuverlässig erfährt, wird auf Vorschlag der Bundesstaaten für den kommenden Dienstag eine Reichsfinanzkonferenz in Weimar abgehalten werden, an der die Finanzminister aller Bundesstaaten und der Reichsfinanzsekretär teilnehmen werden. Es handelt sich um gemeinsame Besprechung aller dringenden Finanzfragen.

„Deutsches Land soll deutsch bleiben.“

Danzig, 25. Januar. Die preußische Regierung steht der Bildung der deutschen Volksräte in Westpreußen nicht nur sympathisch gegenüber, sondern hat auch ihre weitgehende Hilfe in Aussicht gestellt. So telegraphierte der Minister des Innern an den deutschen Volksrat in Danzig: Die preußische Regierung begrüßt die Bildung eines Volksrates in Danzig und dankt für die Ueberwindung der Entschliebung am Neujahrstage. Sie wird den in dieser Entscheidung aufgestellten Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zum Siege verhelfen. Deutsches Land soll deutsch bleiben. Die preußische Regierung. (gez.) Sisch.

Die dänische Regierung gegen die Besetzung Nord-Schleswigs.

Kopenhagen, 25. Januar. Politiken meldet: Dem Vertreter des deutschen nord-schleswigschen Ausschusses wurde auf Veranlassung der Regierung eine Erklärung übergeben, dahingehend, daß die dänische Regierung in Anbetracht des guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Dänemark entschlossen sei, mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln die von den dänischen Syndikalistinnen angebrochte Besetzung Nord-Schleswigs zu verhindern.

Der Verband u. d. Wilhelm II.

Dem Kaiser Excellenz vom 20. Januar zufolge wird der Prozeß gegen Wilhelm II. offiziell und formell auf dem Pariser Verbandskongreß, und zwar vor einer zu diesem Zweck gebildeten Instanz, durchgeführt werden. Das Gutachten der beiden Professoren Varnaud und de Lapradelle stellt folgende Punkte auf:

1. Unbestreitbare strafrechtliche Verantwortlichkeit Wilhelm II.
2. Absoluten Recht der Alliierten, von Holland die Auslieferung des früheren Kaisers zu verlangen.
3. Mangels eines zuständigen Gerichtshofes zur Urteilsfällung wird die Liga der Nationen eine neue Gerichtsbarkeit zu schaffen haben, welche „das erste Organ des Völkerbundes“ sein wird.

Laut Le Journal vom 19. Januar meldet National News aus London, auf der Friedenskonferenz werde die Forderung erhoben werden, daß Wilhelm II., der Kronprinz und alle übrigen männlichen Mitglieder der kaiserlichen Familie dauernd nach Algier verbannt werden sollen.

Der Antrag auf Auslieferung des Kaisers.

Basel, 25. Januar. Die Times meldet aus Washington: „Der Antrag auf Auslieferung des Kaisers umfaßt auch die Forderung nach Auslieferung von neun namentlich angeführten Mitgeschuldrigen, darunter General Ludendorff, Admiral v. Tirpitz, Staatssekretär von Jagow, den deutschen Kronprinzen und General von Falkenhayn.“

Vom Exkaiser.

Amsterdam, 23. Januar. Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Amerongen, daß der frühere deutsche Kaiser und seine Gemahlin soweit wieder hergestellt sind, daß sie ihre früheren Lebensweise wieder aufnehmen können.

Basel, 23. Januar. Mehrere Blätter beschäftigen sich ausführlich mit der Frage der Verantwortung für die Kriegsverbrechen. Aus Frankreich kommt erneut die Meldung, daß das Verlangen auf Auslieferung des Exkaisers zwecks Aburteilung stark zunimmt. Nach Ansicht der Rechtsgelehrten, muß Holland, das an der Liga der Nationen teilnimmt, den Exkaiser zur Aburteilung den Verbänden ausliefern.

Das Schicksal Madensens.

Budapest, 25. Januar. Nach einer Meldung des Magyar Ország trat in dem Schicksal des Generalfeldmarschalls Madensens eine bedeutende Erleichterung ein. Die Franzosen entfernten den Drahtverhau und gestatteten Madensens, sich frei zu bewegen, mit seiner Familie Briefe zu wechseln und Zeitungen und Bücher zu bestellen. Die Post werde ihm ungeöffnet zugestellt.

Wie der frühere Gesandte der Vereinigten Staaten gegen Deutschland steht.

Newport, 25. Januar. Der Korrespondent der Times berichtet: Mr. James Gerard, früherer Gesandter der Vereinigten Staaten in Deutschland, sagte in einer großen Versammlung zu Newport, daß er der Meinung sei, daß der Ex-Kaiser persönlich für den Krieg verantwortlich sei, und daß er für seine Taten zur Verantwortung gezogen werden müßte. Er behauptete, daß der

Kaiser verantwortlich sei für die Deportation von Männern und Frauen, aus Belgien, die Versenkung der Lusitania und die Grausamkeiten in den Gefangenenlagern. Er erklärte, wenn man den Kaiser nach St. Helena senden würde, dies ihn zu viel ehren würde, und wenn man ihn töten würde, man einen Märtyrer aus ihm mache. Nach Herrn Gerards Meinung muß Deutschland jeden Pfennig für den von ihr angerichteten Schaden zahlen. Das deutsche Volk ist vollständig kriegsmüde, aber man muß nicht denken, daß es gute Leute sind, die von ihren Führern falsch geführt worden sind. Als die Lusitania versenkt wurde, erhob sich keine Stimme in Deutschland, außer Liebknecht und Harden.

Lissabon von den Monarchisten besetzt?

Laag, 25. Januar. Aus Lissabon wird gemeldet: Die republikanischen und monarchistischen Truppen sind bei Oporto zusammengekommen. Es gab Tote und Verwundete. Die Monarchisten sollen darauf Lissabon genommen haben.

Lissabon, 25. Januar. Die auf den Hügeln von Mon Santo versammelten Truppen haben die monarchistische Flagge entfaltet. Eine Lissaboner Batterie beschloß die Truppen. Antonio Almeida erschien in einem Automobil auf dem Rocioplatz. Die Menge begrüßte ihn mit Begeisterung und nannte ihn den Verteidiger der Republik. Die Forts und die besetzten Lager sind der Republik treu geblieben. Nach einer bekanntgegebenen monarchistischen drahtlosen Depesche, die vom Bahnhof Mon Santo nach Oporto abgeschickt wurde, haben sich in Lissabon Kavallerie, ein Teil der Infanterie, 20 Geschütze und viele Zivilisten der Monarchie angeschlossen. Die Revolutionäre zogen sich gegen Quellung zurück.

Die monarchische Bewegung in Portugal.

Berlin, 24. Januar. Aus Paris wird unterm 23. dieses Monats gemeldet: König Manuel, der noch immer in London weilt, erklärte einem Vertreter des Petit Parisien, er stehe seinem Volke zur Verfügung und sei bereit, dem Rufe des Volkes Folge zu leisten. Er lege jedoch Wert darauf, zu erklären, daß die gegenwärtige Lage in keiner Weise eine Folge eines Eingriffes von seiner Seite sei.

Verdächtigtes Schweigen.

Amsterdam, 25. Januar. Das amtliche Blatt der Bolschewiken in Moskau, die Iswestija, veröffentlicht eine Mitteilung des Finanzkommissars, Danach beträgt der Gehaltbetrag für die letzten sechs Monate 2445 Millionen. Der Haushalt des Kriegskommissars wurde nicht veröffentlicht. Ebenso halten die Bolschewiken das finanzielle Ergebnis der Sozialisierung der Industrie und des Handels geheim.

Die bolschewistischen Blutmenschen.

Kopenhagen, 23. Januar. Von einer blutigen Mordtat berichtet der russische Militärarzt Neudoroff hierher. Danach wurden 750 russische Offiziere, die am 27. Dezember aus deutschen Gefangenenlagern die Heimreise antraten, bei dem Ueberschreiten der russischen Grenze am 2. Januar von Bolschewiken sämtlich ohne Untersuchung erschossen, nur weil sie den Offiziersrang hatten. Unter den noch hier lebenden russischen Offizieren und Soldaten herrscht die größte Bestürzung, und man hofft allgemein, daß man ihnen sowohl als den noch in den deutschen Gefangenenlagern befindlichen, nach Tausenden zählenden russischen Offizieren gestatten wird, nach Rußland auf bolschewikentreuem Wege, also über Archangelst oder über Südrußland, zurückzukehren.

Eine Niederlage der Bolschewiken.

Köln, 25. Januar. Die Bolschewiken sind von Litauen bei Kauna vollständig geschlagen worden. Viele Tote liegen auf dem Schlachtfelde. Die Litauer machten 6500 Gefangene. Sie rücken gegen Wilna vor.

Witteres Vorrücken der Polen verhindert.

Köln, 25. Januar. Das Vorrücken der Polen ist auf der ganzen Front zum Stehen gekommen. Die Polen stehen jetzt zehn Kilometer vor Bromberg. Thorn ist nicht mehr in Gefahr. Der Druck der gut organisierten deutschen Truppen hat sich fühlbar gemacht und bestärkt die alte Erfahrung, daß die Polen nur dann erfolgreich sind, wenn ihnen desorganisierte Truppen gegenüberstehen. Bandenanfamnngen wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Patrouillen brachten eine Anzahl Gefangene ein. Die polnischen Banden internieren die friedlichen deutschen Bewohner.

Verhandlungen mit den Polen.

Berlin, 25. Januar. Die Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem polnischen Landesrat haben zu dem Ergebnis geführt, daß schon jetzt in Berlin die Verhandlungen mit den Vertretern des polnischen Landesrats stattfinden werden. Die polnischen Vertreter treffen in Berlin ein. Die Verhandlungen sollen sofort beginnen.

Der Vormarsch der Tschechen.

Breslau, 25. Januar. Die Tschechen haben die alten Touristen des Riesengebirges bekannten Donnerbrücken und Ausflugsorte Gräntal und Neuwelt besetzt. Sie sind also bis zur preußischen Grenze vorgedrungen. Infolgedessen ist der Zugverkehr nach Stridenhäuser und Gräntal eingestellt worden. Die Züge verkehren nur noch bis Josephinshütte. Im Tschener Gebiet besetzten die tschecho-slowakischen Truppen auch Poremba. In Karwin entbrannte ein neuer heftiger Kampf. Die tschechischen Verluste betragen sechs Tote und 23 Verwundete.

Prag, 25. Januar. Die öffentliche deutsche Volksschule in dem Vorort Jistow ist von tschecho-slowakischen Soldaten besetzt und der Unterricht eingestellt worden.

Oderberg von den Tschechen genommen.

Breslau, 25. Jan. Wie die Pressestelle des Volksrates Breslau und der Zentralrat der Provinz Schlesien mitteilen, ist Oderberg nach blutigem Kampf mit den Polen von tschechischen Truppen genommen worden.

Deutsches Reich.

Die Neuwahlen zum Gemeinderat angeordnet.

Das preußische Staatsministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Neuwahlen sind zum 2. März anberaumt nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für Männer und Frauen nach dem Verhältniswahlssystem. Am 2. März verlieren die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtmäßige Befugnis. In Verfolg dieser Verordnung bestimmt eine Verfügung des Staatsministers des Innern, daß die Vornahme von Wahlen von Magistratsmitgliedern und Gemeinderäten auf Grund des Dreiklassenwahlrechts untersagt ist. Dadurch wird zugleich mit der Gemeindevertretung auch die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen ins Werk gesetzt.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel, kommt diese Meldung. Die augenblickliche sozialistische Regierung hat es anscheinend sehr eilig mit Angelegenheiten, woru ihr eigentlich nicht einmal das Recht zusteht. Aber Macht geht vor Recht und diese Gelegenheit sucht die Regierung auszunutzen. Eine so plötzliche Aufhebung der Gemeindevertretungen und der Stadträte wird noch manche Unannehmlichkeiten im Gefolge haben, und man kann diesen Erlass der Regierung geradezu als einen Gewaltakt, als eine Vergewaltigung des Volkes bezeichnen. Die Zukunft wird uns vielleicht noch manche Ueberraschung bringen. Jedenfalls aber ist das Eine sicher: Es gilt zu rüsten für die kommenden Stadtratswahlen.

Besetzung des Reihler Brückenkopfes durch die Franzosen.

Karlsruhe, 25. Januar. Am 29. Januar werden die Franzosen den Reihler Brückenkopf besetzen. In die Besetzungslinie fallen die Stadt Rehl und eine Reihe anderer kleiner Ortschaften. Dagegen wird das badische Dorf Appenweiler nicht mehr mit in die Grenzlinie fallen.

Belagerungszustand in Hamburg.

Hamburg, 23. Januar. Abteilungen von Spartakisten erstürmten vier Wachen der Sicherheitswehr und bemächtigten sich der Gewehre und dreier Maschinengewehre. Daraufhin verhängte der Soldatenrat den Belagerungszustand über die Stadt. Sämtliche Theater und öffentlichen Lokale sind sofort geschlossen worden. Von sechs Uhr abends an darf niemand mehr auf der Straße sein. Straßenbahn, Hochbahn und Stadtbahn stellen den Betrieb ein. Ein strenger Befehl des Soldatenrates ordnet an, daß alle Schusswaffen innerhalb 48 Stunden abzuliefern sind. Wer später noch im Besitz von Waffen betroffen wird, verfällt dem Standrecht. Auch Personen, die Kenntnis davon haben, wo sich Waffen befinden, und keine Anzeige erstatten, sehen sich schwerer Bestrafung aus. Am Hauptbahnhof wird lebhaft geschossen.

Ausstand der Straßenbahnen.

Brüssel, 23. Januar. Dem Reuter-Bureau zufolge ist der größte Teil der Straßenbahnangestellten in Brüssel in den Ausstand getreten. Die Arbeiter verlangen Lohn-erhöhung, achtstündige Arbeitszeit, einen Ruhetag in der Woche, drei Tage Urlaub im Monat und eine Altersrente.

Arbeitsunruhen.

Siegen, 24. Januar. In den Erz- und Eisengruben des Distrikts sind etwa vier- bis fünftausend Arbeiter aus wirtschaftlichen Gründen in den Ausstand getreten. Die Leute fordern statt des bisherigen Lohnes von sechs bis acht Mark für eine achtstündige Schicht 10 M. Tagelohn und 10,50 M. für die Schicht. Während die Privatgruben zur Bewilligung der Forderungen geneigt sind, zeigen die Staatsgrubenbetriebe eine ablehnende Haltung. Falls der Streik nicht in kurzer Zeit beendet ist, müssen die Hochöfen stillgelegt werden. Damit würde aber zugleich die vollständige Einstellung der Licht- und Kraftversorgung des gesamten Distrikts eintreten.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 25. Januar. Wie aus dem Vollstehungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa hervorgeht, verspricht General Rubant, die deutsche Note, in der erneut eine endgültige Entscheidung über die Frage der deutschen Kriegsgefangenen gefordert wird, sofort dem Oberkommando der Alliierten zugehen zu lassen, und sagt eine Mitteilung über die Stellungnahme der Alliierten zu. Für die kranken und schwerverwundeten Kriegsgefangenen verspricht er befürwortend einzutreten. Hinsichtlich der allgemeinen Rückführung der deutschen Gefangenen hält er es für besser mitzuteilen, daß in dieser Frage wohl kaum vor Beginn der Vorfriedensverhandlungen eine Lösung zu erwarten ist.

Keine Einziehung der Heerespflichtigen.

Berlin, 25. Januar. Zu den in einigen Berliner Blättern enthaltenen Berichten, die Regierung beabsichtige eine Einziehung aller früheren Heerespflichtigen unter 35 Jahren zu militärischen Diensten, besonders zur Verwendung im Grenzschutz, entsprechen, wie man hört, nicht den Tatsachen.

Berlin, 23. Januar. Der Wert der 500 Lokomotiven und 19000 Eisenbahnwagen, deren Abgabe wegen unvollkommener Lieferung von Eisenbahnmateriale im Erster Waffenstillstandsverlängerungsabkommen aufgelegt wurde, beträgt hundert Millionen Mark bzw. 209 Millionen. Der Wert der als Ersatz von Deutschland zu liefern den landwirtschaftlichen Maschinen beträgt 73 Millionen Mark.

Rheinland und Westfalen.

Köln, 25. Januar. Lohnforderungen der städtischen Arbeiter. Die städtischen Arbeiter sind bei der Stadtverwaltung um Erhöhung des Lohnes um drei Mark täglich eingekommen. Die zuständige Kommission wird sich im Laufe der Woche mit dieser Angelegenheit befassen.

heit befallen. Gleichzeitig wird die Frage der Lohnregelung für die Postkassensarbeiter, die ebenfalls Wünsche geäußert haben, erledigt werden.

* Eustirchen, 25. Januar. Typhus. Von amtlicher Seite wird festgestellt, daß die Typhusepidemie weiter fortschreitet; bisher sind hundert Fälle festgestellt, 15 Kranke sind bereits gestorben. Alle Personen von 6-45 Jahren müssen sich einer Zwangsimpfung unterwerfen.

* Krefeld, 25. Januar. Ein trübes Bild von der Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes gibt eine Zusammenstellung der bei der Stadtverwaltung eingegangenen Anträge auf Sonderbewilligungen für Kranke. Die Zahl dieser Anträge ist von 2456 im November 1917 im Jahre 1918 immer mehr gestiegen und hat im Dezember 1918 die Höhe von 5793 Eingaben erreicht.

* Düsseldorf, 25. Januar. Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Dehler, der vom Arbeiterrat verhaftet worden war, ist nunmehr aus dem Mülheimer Gasthof entlassen worden. Weil er jedoch keines „Volksens als Oberbürgermeister entlassen“ wurde, lebt er bei Verwandten als Privatmann.

Amthliches Wahlergebnis zur Nationalwahl im Wahlbezirk Köln-Machen.

Köln, 26. Januar. Am Samstag wurde im Regierungsgebäude das amtliche Wahlergebnis bekannt gegeben.

Insgesamt wurden abgegeben 970 674 gültige und 2525 unvollständige Stimmen. Es entfallen auf die verschiedenen Wahllokalen:

Zentrum	579 212 Stimmen
Mehrheitssozialisten	247 114 "
Deutsche demokratische Partei	74 000 "
Deutsche Volkspartei	33 471 "
Deutschnationale Volkspartei	31 071 "
Unabhängige Sozialisten	5 806 "

Von den 13 zur Verteilung gelangenden Mandaten konnten dem Zentrum acht Sitze, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei je ein Sitz, den Mehrheitssozialisten drei Sitze zu.

Der Zentrumsparlei fehlten nur 185 Stimmen um den neunten Kandidaten durchzubringen. Heute fragt man sich, hätten diese Stimmen nicht noch aufgebracht werden können. Es ist wieder einmal ein Beweis, daß es auf eine einzige Stimme ankommen kann.

Loft: 3 und Umgebung. Der zweite Wahltag.

© Brühl, 27. Januar.

Die Wahl zur preussischen Landesversammlung, aus der unsere engere Heimat, das Land der Preußen Leben und Gestalt gewinnen soll, die vielleicht auch über unsere Zukunft mit zu entscheiden hat, gab dem gestrigen Sonntag sein Gepräge. Wahltag bringen stets Überraschungen nach der einen oder anderen Seite. So gewaltig wie der Wahlkampf auch geführt wurde, wenn man bedenkt, daß gerade die Sozialdemokratie das letzte Aufgebot an Verdrängungskünsten und Verdrummungstaktik gegen die bürgerlichen Parteien, insonderheit aber gegen das verhasste Zentrum angewandt hat, um Stimmen für sich zu gewinnen, um namentlich die Frauen und nicht minder die Arbeiter aufzufächeln, so ruhig und ungeführt verlief auch der gestrige zweite Wahltag. Die notwendigen Vorarbeiten von Zentrumsseite waren im Laufe der Woche rechtzeitig getätigt und gestern galt es nur die letzte Kleinarbeit zu erledigen. Viele benutzten die Zeit nach dem Rückgang zum Wahltag, andere wieder im Laufe des Tages, ein Andrang war an allen Wahllokalen nicht zu bemerken.

In den Parteibüros wurde emsig gearbeitet, so daß die Schlepptätigkeit und das Heranholen der Säumigen, der es ja leider immer noch welche gibt, und die nur durch Zureden sich ihrer Pflicht und Verantwortlichkeit erinnern, zeitig einsetzen konnte. Manchem Wähler mag auch die kalte Witterung eine willkommene Ausrede gewesen sein. Größer noch wie bei der Wahl zum Nationaltag war gestern die Zahl der Kranken und Gebrechlichen, die nur mit fremder Hilfe zum Wahllokal gehen konnten oder gefahren werden mußten. Ihr Eifer und Pflichtbewußtsein dürfte für manchen Wahlmann beschämend sein.

Soweit schon Meldungen aus anderen Städten und Gegenden vorliegen, ist zu berichten, daß die Wahlen größtenteils ohne Störung ruhig verliefen. Allenfalls war die Wahlbeteiligung merklich schwächer als am vorigen Sonntag. Der zu erwartende Stimmenrückgang dürfte aber alle Parteien ziemlich gleichmäßig treffen. Bei den unabhängigen Sozialisten dürfte jedoch ein größerer Rückgang in der Stimmengahl zu erwarten sein.

Nach vorläufiger Feststellung liegen folgende Ergebnisse vor.

Brühl-Stadt.

Wahlberechtigt waren 5168, davon haben gewählt 3956.

Zentrum 2497, Sozialdemokratie 910, Deutsche Volkspartei 386, Nat. Volkspartei 23, Demokratische Partei 130, Ungültig 10. Aus vorstehenden Zahlen ergibt sich, daß die gestrige Wahl auch in Brühl eine schwächere Beteiligung aufwies. Während bei der Wahl zur Nationalversammlung 80 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahlurne schritten, wählten gestern nur 76,5 Prozent. Gegen vergangenen Sonntag hat das Zentrum 93 Stimmen, die Sozialdemokratie 34 weniger, die Deutsche Volkspartei hat einen Stimmenrückgang von 89 Stimmen und die Unabhängigen Sozialdemokraten haben nicht eine einzige Stimme aufzuweisen. Die demokratische Partei hat dagegen ein Mehr von 17 Stimmen und die Nationale Volkspartei ein Mehr von 7 Stimmen zu verzeichnen. Auf die einzelnen Wahlbezirke verteilt sich die Stimmengahl wie folgt:

1. Wahlbezirk: Gewählt haben 829, Zentrum 464, Sozialdemokratie 242, Deutsche Volkspartei 96, Demokr. Partei 15, Nat. Volkspartei 12.

2. Wahlbezirk: Gewählt haben 1066, Zentrum 713, Sozialdemokratie 256, Deutsche Volkspartei 46, Demokr. Partei 48, Nat. Volkspartei 3.

3. Wahlbezirk: Gewählt haben 1010, Zentrum 663, Sozialdemokratie 240, Deutsche Volkspartei 73, Demokr. Partei 26, Nat. Volkspartei 2, Ungültig 6.

4. Wahlbezirk: Gewählt haben 1051, Zentrum 657, Sozialdemokratie 172, Deutsche Volkspartei 171, Demokr. Partei 41, Nat. Volkspartei 6, Ungültig 4.

Brühl-Land.

Das Gesamt-Ergebnis stellt sich auf: Wahlberechtigt 5052, wovon 4072 gewählt haben.

Badorf: Zentrum 503, Sozialdemokratie 166, Deutsche Volkspartei 3, Demokratische Partei 11, Ungültig 6.

Bingsdorf: Zentrum 468, Sozialdemokratie 206, Deutsche Volkspartei 7, Demokratische Volkspartei 8, ungültig 2.

Bergdorf: Zentrum 442, Sozialdemokratie 144, Deutsche Volkspartei —, Demokr. Partei 1, Ungültig 1.

Rierberg: Zentrum 359, Sozialdemokratie 252, Deutsche Volkspartei 11, Demokratische Partei 38.

Seide-Grühlwerk: Zentrum 197, Sozialdemokratie 337, Deutsche Volkspartei 21, Demokratische Partei 20, Ungültig 1.

Schwadorf: Zentrum 235, Sozialdemokratie 29, Deutsche Volkspartei —, Demokratische Partei 6, Ungültig 3.

Wohem: Zentrum 351, Sozialdemokratie 177, Deutsche Volkspartei 1, Demokr. Partei 3, Ungültig 3.

© Brühl, 27. Januar. Führt die Personalausweise mit! In Köln und in anderen Orten sind in der letzten Zeit aus den verschiedensten Anlässen die Personalausweise von der britischen Besetzung zur Einsicht gefordert worden. Wer unliebsame Folgen verhüten will, denke daran, daß er stets den Personalausweis bei sich trägt.

© Brühl, 27. Januar. Jeder Wohnungsweser innerhalb des Stadtbezirks Brühl oder noch außerhalb bedarf der ausdrücklichen Genehmigung, der britischen Besatzung. Gesuche auf Genehmigung sind im Rathaus der Stadt Brühl, Zimmer 2, zu stellen. Die Gesuche müssen enthalten, Vor- und Zuname, Beruf und bisherige Wohnung, (Straße und Hausnummer) des Antragstellers, die Angabe der neuen Wohnung, Grund des Umzuges sowie namentliche Angabe aller Familienmitglieder welche mit umziehen. Wer aus Brühl fortziehen will, hat ferner eine Reiseerlaubnis beim Polizeiamt besonders zu beantragen. Seitens der Stadt sind amtliche Vorbrude für derartige Anträge herausgegeben und tun die Antragsteller gut, nur diese Vorbrude zu benutzen, damit bei richtiger Ausfüllung Rückfragen vermieden werden und eine schnellere Herbeiführung der Genehmigung ermöglicht wird. Vorbrude sind in der Geschäftsstelle der Brühler Zeitung sowie bei Martini zum Preise von 10 Pfg. zu haben.

© Brühl, 27. Januar. Herabsetzung der Kartoffel-, Erhöhung der Fleischpreise. Die Knappheit der Kartoffelvorräte zwingt dazu, daß vom 3. Februar ab das auf den einzelnen Kopf entfallende Quantum herabgesetzt wird, und zwar von sieben auf fünf Pfund pro Woche. Die Selbstversorger erhalten statt der bisher eineinhalb Pfund nur ein Pfund pro Tag. Zum Ausgleich werden vom 3. Februar ab die Wochenlopfmengen an Fleisch um hundert Gramm erhöht, so daß die Städte bis zu 50 000 Einwohner 200 Gramm erhalten, bis zu hunderttausend Einwohner 250 Gramm und die über 100 000 Einwohner 350 Gramm. Die Schwerarbeiterrationen fallen weg, außer der Rationen für Bergarbeiter unter Tag. Gleichzeitig ist die Ration für die Selbstversorger von 400 auf 500 Gramm erhöht worden.

© Brühl, 27. Januar. Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Kuchen und Torten und sonstigen Backwaren. Der Regierungspräsident in Köln hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach in Bäckereien, Konditoreien, Gast-, Speise- und Kaffeewirtschaften die Herstellung und der Verkauf von Kuchen, Torten und aller sonstigen Backwaren, zu deren Herstellung Mehl oder mehrlartige Stoffe verwendet sind, verboten ist. Die Vorschriften der Kommunalverbände über Herstellung und Verkauf von Brot und Zwieback bleiben unberührt. Übertretungen werden schwer bestraft.

© Brühl, 27. Januar. Die Verpflichtung zur Abgabe von Speck bleibt bestehen. In seinem Erlass vom 14. Dezember 1918 macht der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes nochmals darauf aufmerksam, daß die Verpflichtung zur Abgabe von Speck auf Grund des Paragraphen 11 der Verordnung vom 19. Oktober 1917 unverändert weiter besteht. Da infolge des geschlossenen Waffenstillstandes die Rüstungsindustrie abgebaut wird, eine Verteilung der gesamten Speckmengen an die Schwer- und Schwerstarbeiter dieser Industrie daher nicht mehr in Frage kommt, sollen anstatt dessen die heranwachsenden Kinder, die werdenden und stillenden Mütter, die Kranken und sonstige notleidende Teile der Bevölkerung, insbesondere in dichtbesiedelten Gebieten hiermit bedacht werden. Es darf erwartet werden, daß jeder Selbstversorger durch Hergabe der in der angegebenen Verordnung aufgeführten kleinen Pflichtabgabe, welche eine Verwendung zugeführt wird, die zur Wiederherstellung unserer Volkswirtschaft von hervorragender Wichtigkeit ist, bereitwillig das Seine zur Erfüllung dieses Zweckes beiträgt. Jeder Selbstversorger sollte zudem durch freiwillige Ablieferung von Speck über die festgesetzte Pflichtmenge hinaus die beschäftigten Bestrebungen noch weiter fördern.

© Brühl, 27. Januar. Weitere empfindliche Verkehrseinschränkungen. Nach einer amtlichen Meldung steht sich die Staatseisenbahnverwaltung gegenwärtig, abermalig weitere empfindliche Einschränkungen im Personen- und Schnellzugverkehr vorzunehmen. Diese traten bereits in Kraft. Von jetzt ab werden im ganzen Deutschen Reich kaum noch ein Dutzend Schnellzüge verkehren. Der Grund dieser schweren, für das ganze Wirtschaftsleben nachteiligen Maßnahme ist in erster Linie die unauffällige Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Entente. Außerdem erhöht sich die Zahl schwerer Lokomotiven infolge geringerer Arbeitsleistungen der Werkstätten stetig.

© Brühl, 27. Januar. Weitere Erleichterungen der Zivilpostbestimmungen. Außer gewöhnlichen Briefen, Postkarten, Zahlarten, Postanweisungen und Postchecks sind zur Postbeförderung über die Grenzen des britischen Besetzungsgebiets hinaus allgemein jetzt auch Drucksachen geschäftlichen Inhalts (z. B. Preisverzeichnisse, Kataloge usw.) zugelassen worden. Ausgeschlossen bleiben Drucksachen, die Flugblätter, Broschüren und Zeitungen enthalten, mit Ausnahme der Zeitungen, die als Drucksachen freigegeben von den Verlegern aufgegeben werden, deren Zeitungen mit Erlaubnis der britischen Militärbehörde erscheinen dürfen.

© Brühl, 27. Januar. Erleichterung im Telegrammverkehr. Vom 26. Januar ab können Privattelegramme nach den von amerikanischen, belgischen und französischen Truppen besetzten Gebieten ohne Einschränkung angenommen werden. Eine Vorprüfung der Telegramme durch den Bürgermeister oder dessen Beauftragten ist nur noch erforderlich, wenn sie nach dem unbesetzten Deutschland oder nach dem Ausland gerichtet sind.

© Brühl, 27. Januar. Teuerungszulagen für Rentenbezieher. Alle Empfänger von laufenden Hinterbliebenenzulagen (H.) der Unterklasse bis Feldwebel, Wachtmeister, Oberfeuerwerker, Obermaat einschließlich aufwärts, erhalten für Februar fünfzig Prozent ihrer Rente für Februar einschließlich Rentenzulage als einmalige Teuerungszulage. Unterbeamte der Militärverwaltung sind nicht Militärfunktionen der Unterlassen. Empfänger von Hinterbliebenenzulagen der Oberklassen erhalten keine Teuerungszulage. Die H-Rentenempfänger erhalten also die Hälfte des Monatsbetrages (einschl. Zulage) als Teuerungszulage. Diese Zulage wird am 29. Januar beim Postamt gezahlt. Für diese Teuerungszulage ist für Februar eine besondere Quittung auszustellen mit dem Zusatz Teuerungszulage.

© Brühl, 27. Januar. Seinen 60. Geburtstag feiert am heutigen Montag der frühere deutsche Kaiser in seinem Exil auf holländischem Boden „Sechzig Jahre... weiß.“ So sagt ein Volkspruch. Die kräftige Gestalt Kaiser Wilhelms ist gebeugt und sein blondes Haar völlig weiß geworden. Die Kaiserin ist dort geblieben.

© Brühl, 24. Januar. Die Frage der Entschädigungsgelder für die Einquartierung. Bekanntlich hatten die Stadtverordneten kürzlich beschlossen, besondere Entschädigungen für die Einquartierung zu zahlen und zwar von Januar 1919 ab, während für Dezember für den Mehrverbrauch an Licht in anderer Weise ein Ausgleich geschaffen werden soll. Damit nun nicht eine Gemeinde auf die andere hinweisen könne, war im Kreise der Wunsch laut geworden, die Angelegenheit gleichmäßig im Kreise zu regeln. Hierbei sprach man sich dahin aus, daß nur für Massenquartiere Entschädigungen, namentlich für Brand gezahlt werden sollten, während solche für Privatquartiere von der Regelung durch das Reich abhängig gemacht werden müßten. Diesen Standpunkt hatten wir für Brühl nicht für richtig. Ueber die Angelegenheit soll ja heute noch auf dem Landratsamt verhandelt werden. Wie aber auch das Ergebnis der Verhandlungen sein mag, in Brühl gelten ganz besondere Verhältnisse. Keine Gemeinde des Kreises hat eine derartige Einquartierung mit Stäben, zugehörigen Schreibstühlen, eine derartige Menge an Offiziere, Mannschaften mit zugehörigen Meßsen, Klubs usw. Wenn also für den übrigen Kreis vorstehend angeordnete Regelung getroffen werden sollte, so muß Brühl eben allein vorgehen und besondere Vergütungen festlegen, in ähnlicher Weise wie das früher bei Mandörnen der Fall war. Unbenommen bleibt es dabei Massenquartiere, Messen und dergl. noch besonders zu bedenken. Wie wir hören, ist seitens der Verwaltung auch schon ein erheblicher Vorstoß auf die Quartierlasten beantragt worden. Die Verwaltung wird gebeten, ihren Antrag durch geeignete Abgeordnete unterstützen zu lassen, falls die Zahlung nicht bald erfolgt, da das Reich und nicht die Stadt Brühl mit der Entente Krieg geführt hat und deshalb das Reich jetzt die Kosten auch zahlen muß.

© Brühl-Land, 27. Januar. Die Kartoffelmengen wurde auf fünf Pfund und Woche herabgesetzt. Diejenigen, welche sich Kartoffeln eingelagert haben, müssen mit ihrem Vorrat entsprechend länger auskommen. Es wird nochmals dringend empfohlen, die Kartoffelmengen mit Stedrüben und Möhren zu strecken.

© Bergdorf, 25. Januar. Geflügeliebstahl. In der Nacht vom Montag auf Dienstag wurde hier ein Hühnerstall gewaltig erbrochen und Hühner, Enten und Gänse gestohlen. Der oder die Täter entkommen unerkannt.

© Wesseling, 25. Januar. Anstellung eines Rektors. Anstelle des aus dem Schuldienste krankheits halber ausgeschiedenen Herrn Hauptlehrers Jos. Schmitz wird auf Anraten der Regierung ein Rektor an hiesiger Volksschule angestellt werden. Die Gemeinde hat ihr Einverständnis dazu gegeben und findet in nächster Zeit die Ausschreibung dieser Stelle statt.

© Wesseling, 25. Januar. Der Personen-Schnelldampfer „Borussia“, den wir seit mehreren Jahren auch in den Sommermonaten nicht mehr gesehen haben, ist dieser Tage hier vorbeigefahren. Es ist einer jener vier großen Salondampfer, auf dem Rhein, die zwei Schornsteine haben. Der stolze Dampfer ist allerdings gegenwärtig von einem Ansehen, das ihm nicht gerade zur Ehre gereicht, aber das wird anders werden, wenn er demnächst seine Fahrten aufnehmen wird. Wie man hört, soll für die kommenden Monate ein ungeheurer Personenverkehr auf dem Rheine einsetzen. Die Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrts-Actiengesellschaft hat bereits die meisten Dampfer ihres großen Schiffsports in Benutzung genommen. Für die Sommermonate ist also bestimmt auf einen ungemein lebhaften Personenverkehr auf dem Rheine zu rechnen. Die „Borussia“ hat jetzt ganz schwarze Schornsteine wie früher schwarz-weiße. Ursprünglich waren die Schornsteine, wie sie auch jetzt wieder sind.

Verantwortlich für die Redaktion: P. Becker, Brühl. Druck und Verlag: Peter Becker, Brühl.

